

DDR

BRIEFWECHSEL

Unter Kontrolle

Egon Franke, auf einen Ausweg. Er empfahl, die Bundesregierung möge den SED-Rednern „freies Geleit“ zusichern oder mit dem Regime jenseits des Stacheldrahts „einen Burgfrieden für einen Tag schließen“. Doch selbst auf diesem Weg liegen die Felsblöcke des Verfolgungszwangs. Niedersachsens Innenminister Otto Bennemann zur Möglichkeit eines freien Geleits: „Das ist vollendeter Unfug.“

Zwar kennt die Strafprozeß-Ordnung den Begriff „Sicheres Geleit“, doch nur für einen „abwesenden Beschuldigten“, der durch eine derartige Zusicherung vorübergehend von der Untersuchungs-

Der Kommunist kam von links, von rechts kam der Sozialdemokrat. Auf der Bühnenmitte im Berliner „Admiralspalast“ verharrten Wilhelm Pieck, KPD, und Otto Grotewohl, SPD, im historischen Schritt und drückten einander die Hände. Wenig später sächselte der Genosse Walter Ulbricht das Jubilate: „Mit dem heutigen Tage gibt es keine Sozialdemo-

land“ abgedruckt wurde; bildeten sich in Betrieben und an Straßenecken jenseits der Mauer Menschentrauben. Die erste unverblühte West-Veröffentlichung seit 20 Jahren, der Abdruck nie gesehener Vokabeln, wie „Schießbefehl“, gaben den Anstoß zu freimütigen Diskussionen.

Selbst kleine Funktionäre zitierten in Gesprächsrunden ohne Scheu Bonner Deutschland-Argumente und westliche Rundfunksender. Und im Karl-Marx-Werk zu Magdeburg bedrängte der Putzer Werner Matros den Spitzenfunktionär Alois Pisnik, Mitglied des Zentralkomitees der SED: „Alles ist richtig, was hier gesagt wurde. Versteht mich recht; hier habe ich meine Arbeit, meine Familie und meine wirkliche Heimat. Aber wenn ich als ehrlicher Bürger arbeite, habe ich dann nicht auch das Recht, meine Verwandten in Westdeutschland besuchen zu können?“

Gesamtdeutsche Sehnsüchte keimten so üppig, daß evangelische DDR-Pfarrer Bittgottesdienste erwogen, in denen Kirchgänger eine Wiedervereinigung oder wenigstens baldigen Redneraustausch erleben sollten; katholische Amtsbrüder besprachen gleiche Vorhaben.

In rasch organisierten Massenversammlungen mühte sich Ulbrichts Parteiprominenz zunächst, die Debatte — letztlich zwar ohne Risiko für das Regime, doch voller Ungewisheiten — unter Kontrolle zu bekommen. Paul Verner, Mitglied des Politbüros, stellte sich 500 Genossen in Berlin-Lichtenberg; Politbüro-Kandidat Horst Sindermann kam zu 1000 Werktätigen in den Dessauer Kristallpalast; Rudi Singer, Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, sprach vor 600 Arbeitern der Großbetriebe in Teltow.

Beste Gelegenheit aber, den öffentlichen Disput auf Zimmerlautstärke zu dämpfen, bot der 20. Jahrestag der Einheitspartei. In den Reden prominenter Genossen schrumpfte der aufregende Dialog zu einer Verbrüderungsgeste, wurde aus der Deutschlandinitiative ein Meinungs austausch „mit den Mitgliedern und Freunden der westdeutschen Sozialdemokratie, mit denen uns nach wie vor Gemeinsames verbindet“ (FDGB-Chef Herbert Warnke in Cottbus).

Vor DDR-Fernsehkameras präsentierte die SED einen alten Sozialdemokraten: Max Fechner, nach der Verschmelzung mit der KPD neben Walter Ulbricht stellvertretender Vorsitzender im ersten SED-Vorstand. 1953 war Fechner als „Feind des Staates und der Partei“ aus der SED ausgeschlossen worden; jetzt begrüßte ihn Walter Ulbricht freundlich auf der Bühne des Friedrichstadt-Palastes in Berlin und verwickelte ihn vor 3000 Zuschauern in ein Gespräch über die gute alte Zeit in der Einheitspartei. „Neues Deutschland“ bildete die Rührszene auf der Titelseite ab.

„Die Hauptsache ist“, so interpretierte Walter Ulbricht vor Gewerkschaftlern den Brieffaustausch mit der SPD, „die Gemeinsamkeit der Arbeiterschaft der Deutschen Demokratischen Republik und der Arbeiterschaft Westdeutschlands schrittweise zu erreichen.“



Alt-Kommunist Ulbricht, Alt-Sozialdemokrat Fechner: Freundlich zum Staatsfeind

haft befreit und damit zum Erscheinen vor Gericht bewogen wird. Auch diese Vorschrift erlaubt es nicht, den SED-Rednern „Sicheres Geleit“ zu geben. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Adolf Müller-Emmert, Stellvertretender Vorsitzender des Strafrechts-Ausschusses und selbst Staatsanwalt, hat die Frage eingehend geprüft. Voraussetzung dafür wäre, daß bereits Anklage erhoben ist. Das ist jedoch bei keinem der SED-Führer der Fall.

So bleibt der zum gesamtdeutschen Gespräch bereiten SPD oder dem niedersächsischen Justizminister Bosselmann (CDU) nach Meinung maßgebender Juristen in Karlsruhe nur ein Weg, im Fall einer Einreise der SED-Redner politischem Ungemach aus dem Wege zu gehen: eine Anfrage an die Strafverfolgungsbehörden, ob gegen jeden einzelnen der von der SED vorgeschickten Funktionäre ein so dringender Tatverdacht vorliegt, daß mit seiner Verhaftung in der Bundesrepublik zu rechnen sei. Bei einem Ja auf diese Frage, müßte die SPD den avisierten SED-Rednern anempfehlen, zu Hause zu bleiben.

kraten und keine Kommunisten mehr, mit dem heutigen Tage gibt es nur noch Sozialisten.“

An einem sonnigen Frühlingstag, dem 21. April 1946, war die SED geboren (siehe Seite 50). Zwanzig Jahre danach beherrschte der Mann aus Sachsen allein die Szene; die Handlanger von damals sind tot. Doch auch diesmal war die SPD mit im Spiel: Der Briefwechsel zwischen Westdeutschlands Sozialdemokraten und ostdeutscher Einheitspartei durchzog die Festreden, die vorige Woche allenthalben in der DDR verlesen wurden.

Das Zusammentreffen von SED-Jubiläum und Deutschland-Disput kam dem roten Regime nicht ungelegen. Denn jene Stimmungswelle, die nach dem Brieffaustausch in Mitteldeutschland hochspülte, drohte unversehens über Ulbrichts Funktionärskorps hinwegzuschwappen. Es galt, nicht wünschenswerten Komplikationen der inneren Führung beizeiten zu wehren.

Schon als das sozialdemokratische Antwortschreiben auf die Tauwetter-Offerte im SED-Blatt „Neues Deutsch-